



## Gefallene Mauern mahnen

Das Gedenken an den 9. November ist noch immer aktuell

➤ Stadtrat Lothar Klein, Sicherheitspolitischer Sprecher  
E-Mail: klein@dresden-cdu.de

Der 9. November gilt als Schicksalsdatum in Deutschland. Mit ihm verbinden sich mehrere Ereignisse in der Geschichte unseres Volkes und Landes, die meisten mit negativen Folgen. Ich möchte davon Zwei herausgreifen, die enger miteinander verflochten sind, als auf den ersten Blick sichtbar; den 9. November 1938 und den 9. November 1989. Bei beiden Ereignissen fielen Mauern. Im ersten Fall als Katastrophe, im zweiten Fall als eines der glücklichsten Ereignisse in unserem Vaterland.

In diesem Jahr begehen wir am 9. November den 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer als Ende der SED-Diktatur und Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen Einheit.

Am selben Tag gedenken wir aber auch der Reichspogromnacht, verbunden mit der Entwürdigung und Entrechtung jüdischer Mitbürger, der Zerstörung jüdischer Geschäfte und der berühmten Semper-Synagoge in unserer Stadt vor 76 Jahren.



© Privatarchiv

Die Mauern der Brandruine wurden abgerissen, ein Teil der Steine für den Straßenbau verwendet. Die Kosten für die Beseitigung der Trümmer musste die jüdische Gemeinde selbst tragen. Nur einer der beiden Davidsterne, die die Kuppel zierten, wurde von dem Feuerwehrmann Alfred Neugebauer versteckt. Er hängt heute über der Eingangstür der Neuen Dresdner Synagoge.

Mit der Zerstörung der Synagoge nahm letztlich die Zerstörung unserer barocken Kulturstadt ihren Anfang, die in den Bombennächten des 13. und 14. Februar 1945 ihren unheilvollen Höhepunkt fand. Die von den National-Sozialisten in das jüdische Gotteshaus geworfenen Brandfackeln wurden gegen Ende von Vernichtungskrieg und Holocaust zum Feuersturm für unsere Stadt. Doch da lebten viele Juden Dresdens, aber auch aus vielen Ländern Europas in unsere Stadt als Zwangsarbeiter für die Rüstungsindustrie verschleppte, schon nicht mehr. Allein im Stadtgebiet existierten acht Außenlager des Konzentrationslagers Flossenbürg, u. a. in der Jasmatzi-Zigarettenfabrik in der Schandauer Straße und in den Goehle-Werken der Zeiss-Ikon zwischen Großenhainer und Riesaer Straße. Im Januar 1945 lebten noch 174 der Dresdner Juden. Einige von ihnen fielen den Bombenangriffen auf ihre Heimatstadt zum Opfer. Andere überlebten, weil der letzte (für den 16. Februar geplante) Transport in das Vernichtungslager auf Grund der Angriffe nicht mehr stattfand und

sie untertauchen konnten. Drei Monate später war der Krieg vorbei.

Es folgte die Besetzung Deutschlands durch die Armeen der Alliierten. Ganz Deutschland hatte diesen verbrecherischen Krieg verloren, doch wir im Osten wurden von den Sowjets besetzt, die hier eine neue Diktatur errichteten – die kommunistische Gewaltherrschaft. Infolge der politischen Differenzen zwischen den drei Westalliierten und der von Stalin geführten Sowjetunion, besonders wegen der Zukunft Berlins, kam es zur Abschottung und Teilung Deutschlands, der die Kommunisten mit der DDR eine staatliche Form verliehen. Das SED-Regime reagierte auf drei Millionen „Republikflüchtlinge“ mit der stetigen Perfektionierung der Sicherungsanlagen an der innerdeutschen Grenze auf insgesamt 1.393 Kilometern durch Mauern, Stacheldraht, Kontrollstreifen, Wachtürme, Schießbefehl, Minenfelder, Gräben, Hundelaufanlagen, Panzersperren und Selbstschussautomaten. Um den Aderlass an Arbeitskräften endgültig zu stoppen, ließ Walter Ulbricht mit dem Bau der Mauer durch Berlin am 13. August 1961 das letzte Schlupfloch Richtung Westen schließen. Über 1.000 Menschen, die dennoch die Flucht wagten, bezahlten ihren Freiheitsdrang bis zum Ende der DDR mit dem Leben.

Viele Menschen richteten sich diesseits von Mauer und Stacheldraht irgendwie ein und versuchten, das Beste aus der Lage zu machen. Die einen arrangierten sich mit der SED-Dik-

tatur und stützten diese gar, andere standen ihr ablehnend gegenüber und gerieten nicht selten in die Fänge der Stasi, wurden politisch inhaftiert oder waren anderen Repressionen (wie veränderter beruflicher Entwicklung) ausgeliefert. Die meisten DDR-Bürger gingen bei politischer Gleichschaltung unter den Bedingungen der Plan-, Miss- und Mangelwirtschaft ihrer geregelten Arbeit im auch in sonst fast allen Lebensbereichen geregelten Staat nach, um ihre Familie zu ernähren, richteten sich ihre Wohnung ein, gaben ihre Kinder zur sozial kaschierten ideologischen Indoktrinierung in staatliche Obhut, waren auf der Jagd nach Mangelware und freuten sich auf die mit der „Westmündigkeit“ verbundenen Rente. Doch die Freiheit ließ sich nicht auf Dauer unterdrücken. Ab den 60er Jahren war eine neue Generation herangewachsen, die keine Erinnerung mehr an die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 hatte. Sie nahm auch die täglichen und immer größer werdenden Widersprüche zwischen den durch die SED-Propagandamaschinerie verbreiteten Siegen des Sozialismus, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, und der erfahrenen Realität im eigenen Lebensumfeld immer bewusster als große Lüge und Selbstbetrug der alten Herren um Erich Honecker in Zentralkomitee und Politbüro der SED wahr. Viele ertrugen das nicht mehr und stellten einen Ausreiseantrag, bis es dann im Herbst 1989 infolge der Grenzöffnung der Ungarn zur massenhaften „Abstimmung mit den Füßen“ kam, gefolgt von den Prager Botschaftsflüchtlingen. Nach dem letzten gewaltsamen Aufbäumen der Staatsgewalt gegen die friedlichen Massen auf der Straße folgte dann der Mauerfall. Die ganze freie Welt freute sich mit uns Deutschen, denn nun war endlich Schluss mit Unterdrückung und gezielter Tötung nach Freiheit strebender Andersdenkender. Mit der Abstimmung der Bürger bei den ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR wurde der Weg zur Wiedervereinigung beschritten. Doch anders als nach der NS-Diktatur machten und machen sich Viele an die geschichtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur, wohl wissend, dass deren tragende Kräfte noch vorhanden sind.

Mit dem Ende der Nazi-Barbarei waren die Nazis nicht plötzlich verschwunden. Im Osten Deutschlands wurden sie – bis auf wenige Fälle spektakulärer Schauprozesse – in den Westen verortet, jedoch im parteipolitisch verord-

neten „antifaschistischen“ Arbeiter- und Bauernstaat integriert, bis in die obersten Reihen von SED und Stasi. Und weil es hier angeblich keine Nazis mehr gab, hatte man keine Mitverantwortung für Krieg und Holocaust. Schnell wurde vom nationalsozialistischen Rassen- auf den kommunistischen Klassenhass umgeschaltet und so versucht, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben ... bis heute! Zur Förderung des neuen „imperialistischen Feindbildes“, mit dem besonders die USA, Westdeutschland und der jüdische Staat Israel gemeint waren, wurde der Opfermythos der angeblich unschuldigen Stadt Dresden für den Kalten Krieg weiterentwickelt, so dass heute Neonazis daran anknüpfen und unsere Stadt erneut zum Schauplatz des Hasses und der Unversöhnlichkeit machen. Es gibt mannigfaltige Beispiele, die die Aussage belegen, dass Dresden keine unschuldige Stadt war. Es ist an der Enkelgeneration, sich der Stadtgeschichte auch in der eigenen Familie zu stellen und nicht zuzulassen, dass die Erkenntnisse erneut oder weiterhin ideologisch missbraucht werden!

Mit Mauerfall und Wiedervereinigung war die SED (und ihr Repressionswerkzeug, die Stasi) entmachtet - aber nicht verschwunden. Leider hatte man 1990 nicht den Mut, sie zu verbieten! Heute sitzt sie mit mehrfach geändertem Namen in demokratisch gewählten Parlamenten und versucht schon wieder wesentlich mehr, als die Deutungshoheit über die Geschichte zu erringen, wie man in Brandenburg, auch in Thüringen und selbst im Dresdner Stadtrat sieht. Auch hier gilt Bertold Brechts Spruch: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“ Gefahr für die Demokratie besteht dann, wenn Demokraten den antitotalitären Konsens aufkündigen und sich auf Experimente mit Radikalen einlassen.

George Santayana sagte einst: „Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ Der 9. November soll uns daran erinnern, dass Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wertvolle Güter sind, die es zu verteidigen gilt! Mehr als einmal in der Geschichte unseres Landes wurde die Demokratie ganz demokratisch abgeschafft, weil die Feinde der Demokratie die Mehrheit der Wählerstimmen erhielten. Wenn wir nicht mehr frei sagen dürfen, was wir denken, – solange wir damit selbstverständlich nicht die Würde anderer Menschen verletzen – weil Journalisten von Berichterstattern zu Volkszenso-

ren mutiert sind oder man sich auf Facebook einem Shitstorm ausgesetzt sieht, leben wir nicht mehr in einem freien Land – trotz offener Grenzen! Auch grüne Verbots- und Reglementierungswut sind eine Gefahr für die Freiheit. Es ist bezeichnend, dass gerade die Kräfte den Verfassungsschutz abgeschafft haben wollen, denen es um Macht über, statt um Verantwortung für Menschen geht.

Im Namen falscher Toleranz haben wir viel zu lange zu Auswüchsen der Intoleranz in unserem Land geschwiegen – bis wir kürzlich durch proklamierten Judenhass auf unseren Straßen jäh aus unseren Träumen gerissen wurden. Primo Levi sagte in Bezug auf den Holocaust: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen!“ Der von islamischen Reiterarmeen verübten Massenmord an 1,5 Millionen Christen und Animisten im Sudan geschah erst vor wenigen Jahren. Noch immer werden - mit steigender Tendenz - in islamischen Ländern, mit denen EU-Staaten diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen haben, Christen verfolgt und ermordet. Doch außer dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, und der Organisation „Open Doors“ hat dazu im Westen kaum jemand seine Stimme erhoben. Auch beim blutrünstigen Treiben der Terrororganisation „Islamischer Staat“ wurde viel zu lange weggesehen, bis auch Briten und Amerikaner von Enthauptungen betroffen waren. Dass auch unsere Freiheit in Europa auf dem Spiel steht, weil inzwischen feststeht, dass Salafisten aus Europa da gewalt(tätig) mitmachen, haben viele Funktionäre in Politik und Kirchen, die auf Dialog, Pazifismus und Appeasement setzen, noch gar nicht begriffen. Manchem Vertreter der - an sich löblichen, aber oft realitätsfernen - Friedensbewegung muss man entgegnen, dass die Konzentrationslager der Nazis oder die Geiseln islamischer und deutscher Terroristen in Entebbe und Mogadischu auch nicht durch Pazifisten befreit wurden. Erinnerungskultur ist kein Selbstzweck oder gar Hobby für Historiker und ewig Rückwärtsgerandte. Es geht darum, Schlüsse aus der Geschichte für die Gestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens heute zu ziehen. Die gefallenen Mauern vom 9. November 1938 und vom 9. November 1989 sollen uns mahnen, wie wertvoll und zugleich wie immer wieder gefährdet unsere Freiheit ist.



## Gastkommentar

### Stetig steigende Zahl Asylsuchender als enorme Herausforderung für Freistaat und Kommunen

➤ Markus Ulbig MdL, Staatsminister des Innern  
E-Mail: markus.ulbig@slt.sachsen.de

Die Prognose des Bundes für die neu ankommenden Asylbewerber ist allein in diesem Jahr von 160.000 (Erst- und Folge-) Antragstellern im Januar auf derzeit über 216.000 gestiegen. Erst am 18. September 2014 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Prognose aus dem August von 16.000 bis 18.000 Asylersantragsteller pro Monat auf 25.000 erhöht. Die Anzahl der Asylantragsteller ist damit gegenüber dem Vorjahr um mehr als 70 Prozent angestiegen. Ungefähr 5 Prozent dieser Asylbewerber werden dem Freistaat Sachsen nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen und müssen hier untergebracht werden.

Derzeit sind in der Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaates Sachsen ca. 1.600 Asylbewerber untergebracht. In den Landkreisen und den Kreisfreien Städten lebten am 31. Juli 2014 8.694 Asylbewerber. Zum 31. Dezember 2012 waren es 6.751.

Die Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaates wurde im letzten und in diesem Jahr mehr als verdreifacht und auf ca. 1.800 Plätze erweitert. Noch im Jahr 2012 hatte der Freistaat Sachsen 520 reguläre Unterbringungsplätze. Maßnahmen für die Schaffung weiterer Unterbringungskapazitäten laufen mit Hochdruck. Es ist vorgesehen, dass bis zum Jahr 2017 in einem Drei-Standorte-Konzept insgesamt 2.100 Plätze (jeweils 700 an den Standorten Dresden, Chemnitz und Leipzig, dazu 280 Notplätze) zur Verfügung stehen werden.

Die derzeitigen Kapazitäten des Freistaates Sachsen reichen aus, um alle Erstantragsteller, die in Sachsen aufzunehmen sind, durchschnittlich ca. zwei Monate unterzubringen. Der Freistaat Sachsen bringt damit ungefähr ein Sechstel aller Asylersantragsteller in der eigenen Einrichtung unter-

Im Bundesvergleich ist das eine sehr hohe Quote.

Die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahmeeinrichtung ist für die Asylersantragsteller gesetzlich beschränkt. Sie sind verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten, in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. So schreibt es § 47 des AsylVfG ausdrücklich vor. Sie sind jedoch bereits vor Ablauf der Sechs-Wochen-Frist aus der Einrichtung zu entlassen, wenn nicht kurzfristig über den Asylantrag entschieden werden kann. Eine regelmäßige Aufnahme von Asylantragstellern in der Erstaufnahmeeinrichtung für einen Zeitraum von drei Monaten verstößt demnach gegen geltendes Recht. Nach ihrem Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung müssen die Asylsuchenden durch die Landkreise und Kreisfreien Städte untergebracht werden. Die Landkreise und Kreisfreien Städte werden so zeitnah und so umfassend wie möglich über die Prognosen des BAMF durch die Landesdirektion Sachsen informiert, um ihre Aufnahmekapazitäten danach ausrichten zu können. Für Dresden wird prognostiziert, dass monatlich etwa 135 Asylbewerber aufzunehmen und unterzubringen sind.

Zur Verbesserung der Unterbringungssituation hat das Sächsische Innenministerium im Frühjahr 2014 zunächst gemeinsam mit den Landkreisen und Kreisfreien Städten und unter Beteiligung des Sächsischen Landkreistages und des Sächsischen Städte- und Gemeindetages ein Unterbringungs- und Kommunikationskonzept erarbeitet. Für die Unterbringung erhalten die Landkreise und Kreisfreien Städte vom Freistaat Sachsen eine Kostenerstattung in Form einer gesetzlich festgelegten Pauschale (derzeit 1.500 Euro pro Asylbewerber im Quar-

tal). Die Auskömmlichkeit dieser Pauschale wurde in einem finanzwirtschaftlichen Gutachten der Uni Leipzig überprüft.

Im Ergebnis sind für eine Deckung der Kosten im Jahr 2015 7.465 Euro und im Jahr 2016 7.608 Euro pro Asylbewerber jährlich erforderlich. Zwischen den kommunalen Verbänden und der Staatsregierung wurde in den FAG-Spitzengesprächen danach eine vollständig auskömmliche Erhöhung der Kostenerstattungspauschale auf 7.600 Euro vereinbart.

In den Jahren 2013 und 2014 haben die Kommunen zusätzlich 35 Millionen Euro von der Staatsregierung erhalten, u. a. um den erhöhten Investitionsbedarf für die Unterbringung von Asylbewerbern zu unterstützen.

Neben der Erhöhung der Erstattungspauschale hat die Staatsregierung mit den Verhandlungen über den Regierungsentwurf zum Haushalt 2015/2016 eine Verbesserung der sozialen Betreuung der Asylbewerber vorgesehen. Nach einer entsprechenden Bestätigung des Haushalts durch das Parlament soll mit einer Förderrichtlinie, die im Entwurf bereits vorliegt, der Einsatz von Sozialarbeitern vom Freistaat gefördert werden, die dafür sorgen sollen, dass die Unterbringung in den Kommunen sozialverträglich gestaltet wird.

Im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern ist es wichtig, die notwendigen Entscheidungen gegenüber Betroffenen vor Ort frühzeitig und transparent zu kommunizieren. Hilfe wird den Kommunen durch das genannte Kommunikationskonzept und – bei Bedarf – u. a. durch die Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Projektes „Kommune im Dialog“ gewährt.



## Unterstützung für Wohnungsneubau ist das beste Rezept

Stadtrat Ingo Flemming, Wohnpolitischer Sprecher  
E-Mail: flemming@dresden-cdu.de

Die Dresdner Bevölkerung wächst und wächst. Was noch vor wenigen Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung im Freistaat als nahezu undenkbar galt, ist nun Prognose: Die Einwohnerzahl Dresdens wird bis zum Jahr 2030 wahrscheinlich auf etwa 585.000 Bewohner steigen. Die Entwicklung könnte jedoch auch noch rasanter ausfallen. Selbst die höchste in Dresden je erfasste Zahl von 649.000 Einwohnern (1933) wird längerfristig nicht mehr ausgeschlossen. Obwohl heute die nüchternen Zahlen des aktuellen Dresdner Wohnungsmarktes Experten zufolge eher noch nicht bedenklich erscheinen, ist das Thema Wohnen und Mieten hoch emotional. Zudem ist es dauerhaft medial präsent - das war auch im Kommunalwahlkampf zu spüren. Das vorhergesehene Bevölkerungswachstum wird das Thema dauerhaft auf der Tagesordnung halten.

Daher: Dresden braucht Wohnungen. Das trifft insbesondere zu, da sich der Bevölkerungszuwachs maßgeblich aus Zuzügen speist. Aus dem prognostizierten Bevölkerungswachstum von 48.300 neuen Dresdnerinnen und Dresdnern bis 2030 schlussfolgert das Stadtplanungsamt einen zusätzlichen Wohnungsbedarf von 17.000 bis 20.000 Wohnungen (verglichen mit dem heutigen Niveau). Die wichtigste Antwort auf diese Herausforderung kann nur der Neubau von möglichst viel Wohnraum sein. Damit schafft die Stadt ausreichend Potential, um den Wohnungsmarkt funktionsfähig zu halten und um eine Überhitzung bei der Mietkostenentwicklung zu verhindern. Das neue, überarbeitete Rahmenkonzept Wohnen der Stadtverwaltung ist in der Fertigstellung und wird wohl bis Jahresende vorliegen. Darin wird ein ganzer „Instrumentenkasten“ aufgezeigt, mit dessen Maßnahmen der Wohnungsmarkt unterstützt werden kann. Beispielhaft

seien an dieser Stelle Punkte genannt, die bereits forciert werden, wie die Ausweisung von ausreichend Flächenpotentialen im Flächennutzungsplan oder die Unterstützung von Wohnungsneubauprojekten. Dass erste Maßnahmen greifen und der Markt reagiert, zeigen stadtweit zahlreiche neue Projekte im Wohnungsbau. Einzelne Projekte, wie „An der Herzogin Garten“ oder an der „Wallstraße“, bringen mehrere Hundert neue Wohnungen an den Markt.

Leider werden Bemühungen der Stadt und der Investoren aber immer wieder torpediert. So haben sich durch das Wirken der linken Stadtratsmehrheit Projekte verzögert oder drohen gar zu scheitern. Beispielsweise betrifft dies Vorhaben, wie am „Querweg“ in Weißig oder das Konversionsgebiet „Ehemaliges Kasernengelände Nickern“. Beide Vorhaben sind in letzter Zeit in der Presse mehrfach thematisiert worden.

Am Querweg in Weißig sollen 17 Familien die Möglichkeit erhalten, Eigenheime zu errichten und Wohneigentum zu schaffen. Auch wenn das Vorhaben als Abrundung der Bebauung in Weißig nicht von allen Anliegern vorbehaltlos begrüßt wurde, haben der Bauausschuss und der Stadtrat mehrheitlich dem Vorhaben zugestimmt. Die Vorteile des Bauplanes wurden als überwiegend beurteilt. Leider wurde der Stadtratsbeschluss dazu am 10.07.2014 durch Intervention von zwei Stadträten der Fraktion DIE LINKE vom

Verwaltungsgericht gekippt. Auch war es bis heute nicht möglich, einen Ersatzbeschluss herbeizuführen, da aufgrund der durchgepeitschten neuen Hauptsatzung keine Ausschusssitzungen möglich waren und das Vorhaben nun noch zusätzlich von Grünen und Linken aus parteipolitischen Gründen verzögert wird. Das kann man auch „Politik auf dem Rücken der Familien“ nennen.

Auf dem ehemaligen Kasernengelände in Nickern ist mit Unterstützung des städtischen Unternehmens Stesad als Projektentwickler seit 1996 zwischen Dohnaer Straße und der Autobahn A17 Wohnraum für 1.700 Menschen entstanden. Auf den letzten 80.000 m<sup>2</sup> Brache sollte in diesem Jahr noch begonnen werden, weitere 300 Wohnungen in Eigenheimen und Mehrfamilienhäusern zu errichten. 28 Wohnungen wollte die Stesad selbst neu bauen und zu einem sozialverträglichen Mietpreis von 6,25 Euro je m<sup>2</sup> anbieten. Eine Querfinanzierung kann dafür aus den Projektgewinnen erfolgen. Auch dieses Vorhaben wurde durch die Verzögerungen aus der Hauptsatzungsänderung auf frühestens 2015 verschoben.

Eine konstruktive Wohnungspolitik der neuen Mehrheit im Stadtrat wird derzeit vermisst. Die CDU-Fraktion wird sich für das Thema Wohnen in den nächsten Jahren verstärkt einsetzen. Gesprächsbereitschaft, Kompromissfähigkeit und eigene Anträge zu Thema werden dazugehören - die Bereitschaft zur Schaffung einer neuen WOBA nicht!



© Landeshauptstadt Dresden

### Herausgeber:

CDU-Fraktion im  
Stadtrat Dresden  
Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

Tel. 0351 4882257

Fax 0351 4882972

www.dresden-cdu.de

cdu-fraktion@dresden.de



### Redaktion (V.S.d.P.):

Jan Donhauser,  
Fraktionsvorsitzender  
Andreas Rönsch,  
Geschäftsführer  
Marcel Duparré,  
Fraktionsreferent

### Fotos: Redaktion

**Satz und Gestaltung:**  
Z&Z Werbeagentur Dresden

### Druck:

Union Druckerei Dresden GmbH

Diese Veröffentlichung ist Bestandteil der Zeitschrift „DIE DRESDNER UNION“ und liegt als Sonderdruck im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.